

Finanztransaktionssteuer: EU will Abgabe nun doch erst mal europaweit starten ++ Pfeleiderer: Gläubiger nehmen Forderungsverzicht an

Finanztransaktionssteuer

EU will Abgabe nun doch erst mal europaweit starten

Die Europäische Union (EU) will Ernst machen mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene. Das kündigte EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso in einem am Montag bekannt gewordenen Schreiben an EU-Ratspräsident Herman van Rompuy an. "Unsere Analyse zeigt, dass es starke Gründe dafür gibt, als ersten Schritt eine Finanzsektorsteuer in der EU zu beschließen", heißt es darin. "Die Kommission schließt ihre Folgenabschätzung ab und wird einen formellen Gesetzesvorschlag nach dem Sommer vorlegen." Als nächster Schritt sollte nach Ansicht Barrosos dann beim Gipfel der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) im November in Cannes an einer weltweiten Vereinbarung über eine Finanztransaktionssteuer gearbeitet werden. Im März hatte sich das Europäische Parlament mit großer Mehrheit für einen Alleingang der EU zur Einführung der international umstrittenen Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Diese könnte nach Kalkulation der Abgeordneten mit einem Steuersatz von 0,05 Prozent für ein jährliches Aufkommen von 200 Mrd. Euro sorgen. Die EU-Kommission dagegen hatte seinerzeit argumentiert, eine Einführung sei nur weltweit sinnvoll. Ansonsten würden Finanzfirmen Geschäfte aus Europa abziehen, lautet die Befürchtung. Auf globaler Ebene galt der Vorschlag einer Finanztransaktionssteuer zuletzt als gescheitert.

Pfeleiderer

Gläubiger nehmen Forderungsverzicht an

Der hoch verschuldete Holzverarbeiter Pfeleiderer ist auf dem Weg zu einer Sanierung einen großen Schritt vorangekommen. Nach Banken und Hedgefonds haben am Montag bei einem Gläubigertreffen weitere Gläubiger auf Forderungen von rund 330 Mio. Euro verzichtet. Diese Gläubiger sind Inhaber einer 2007 ausgegebenen Hybridanleihe. Hybridanleihen bieten den Anlegern zwar überdurchschnittlich hohe Zinsen, aber auch ein entsprechend größeres Risiko. Geht das Unternehmen in die Insolvenz, stehen die Ansprüche der Anleger an vorletzter Stelle vor denen der Aktionäre. Nach mehr als vierstündiger Diskussion nahmen die Gläubiger den Vorschlag der Pfeleiderer AG an, im Gegenzug für den Verzicht rund vier Prozent der Aktien der Gesellschaft zu erhalten. Dieser Plan sei schließlich mit rund 88 Prozent angenommen worden. Wäre der Rettungsplan gescheitert, hätte Pfeleiderer die Insolvenz gedroht. Vorstandschef Hans Overdick ließ keinen Zweifel aufkommen, dass es ums Ganze ging.

